



RESOLUTION ZUR VOLLVERSAMMLUNG DER KU
eingebracht vom Initiativausschuß

Der Rektor der TU hat seine Zusage Räume für die KU zur Verfügung zu stellen, auf Druck des Regierenden Bürgermeisters widerrufen. Er begründet diese Maßnahme damit, daß auf der Veranstaltung eines Arbeitskreises der KU (Springerarbeitskreis) zu kriminellen Handlungen aufgerufen worden sei. Damit wird unterstellt, daß die KU eine zentralistisch strukturierte Organisation sei und es werden Aktionen außerhalb der KU zum Verwand genommen, die Tätigkeit der gesamten KU zu blockieren.

Die KU hat sich zum Ziel gesetzt, die verschiedenen Formen institutioneller Gewalt im Spätkapitalismus zu analysieren. Sie untersucht und bekämpft sublimen und offene Gewalt in den Formen der US - Aggression in Vietnam, der Manipulation der Bevölkerung durch die Springerpresse und der Unterdrückung der studentischen Opposition durch Universitätsbürokratie und Senat.

Steine gegen Amerikahäuser und Morgenpostfilialen sind keine Gewalt im Vergleich zu Flächenbombardements in Vietnam; Filme über Molotow-Cocktails sind die Parodie von Gewalt im Vergleich zu der permanenten Entmündigung der Massen, deren wirkliche Interessen deformiert und zu denen der Herrschenden umgebogen werden. Steinwürfe gegen Fensterscheiben eines übermächtigen privaten Propagandaministeriums sind nicht die Aufforderung zu inhumaner Gewalt, mit der die faschistische Mobilmachung beginnt.

Sie sind Ausdruck ohnmächtiger symbolischer Gewalt gegen Sachen. Sie können als provokative Demonstration die Funktion haben, auf die Notwendigkeit der Beseitigung des Springermonopols hinzuweisen.

Die Anwendung von Gewalt, wie sie im Widerstandsrecht gegen illegitime Herrschaft begründet ist, hat sich zu orientieren am Ausmaß der gesellschaftlichen Unterdrückung und am Bewußtseinsstand der Adressaten der jeweiligen Aktion.

VOLLVERSAMMLUNG

Ob die Aktionen gegen die Springerfilialen in der letzten Woche diese Bedingungen rationaler Gegengewalt erfüllt haben, ist in Zweifel zu stellen. Für den größten Teil der Bevölkerung musste diese Demonstration deshalb unverständlich bleiben, weil die Aufklärungskampagne über das Springermonopol zu diesem Zeitpunkt noch nicht weit genug fortgeschritten war. Gerade in dieser Situation ist es dringend notwendig, in einer Vollversammlung der KU die Problematik der Gewalt zu diskutieren.

Wenn der Rektor und der Berliner Senat in dieser Situation versuchen, die demokratische Selbstbestimmung der Studenten in einer Vollversammlung der KU zu verhindern, so muß dies gesehen werden als Teil der neuen Strategie der berliner Exekutive, die außerparlamentarische Opposition zu unterdrücken.

HEUTE 19 UHR

PRESSEERKLÄRUNG INITIATIVAUSSCHUSS KU

Die angekündigte Vollversammlung der KU im Audimax der TU findet entgegen Verlautbarungen des Innensenators und der Presse morgen am 7. 2. 1968 doch um 19 Uhr im Audimax der TU statt. Die Studentenvertretung der TU hat vor dem Verwaltungsgericht berlin auf Aufhebung des unbegründeten Raumentzuges durch den Rektor der TU geklagt.

TU - AUDI-MAX - TU